

**Schweizerische Volkspartei
(SVP)**

Jahresbericht

2012



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2012 im Rückblick	4
<i>Frühlingsession 2012 (27. Februar - 16. März 2012)</i>	6
<i>Sondersession 2012 (2. – 3. Mai)</i>	11
<i>Sommersession 2012 (29. Mai – 15. Juni)</i>	12
<i>Herbstsession 2012 (10. September – 28. September)</i>	18
<i>Wintersession 2012 (26. November – 14. Dezember)</i>	22
2. SVP-Frauen Schweiz	24
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	26
4. Vernehmlassungsantworten der SVP	27
5. Positionspapiere der SVP.....	31
6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen	32
7. Internet	33
II. PARTEIORGANE	34
1. Delegiertenversammlungen.....	34
2. Zentralvorstand.....	35
3. Leitender Ausschuss	39
4. Parteileitung.....	40
5. Generalsekretariat	41
6. Fraktion der Bundesversammlung.....	42
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2012	44
IV. Die SVP in den Kantonsparlamenten	46
V. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	47

Vorwort

Vielfältige Aktivitäten kennzeichneten das Jahr 2012 aus Sicht der SVP. Am 14. Februar 2012 konnte die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ mit über 136'000 Unterschriften eingereicht werden. Die Ausländer- und Asylpolitik war insgesamt eines der prägenden Themen des Jahres. Die SVP setzte im Zusammenhang mit der Asylgesetzrevision starke Akzente und reichte rund 50 Anträge und mehrere Vorstösse zur Behebung der unhaltbaren Zustände im Asylwesen ein.

Um die Durchsetzung der von Volk und Ständen 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative sicherzustellen, lancierte die SVP die Volksinitiative „zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer“, welche durch eine im Detail ausformulierte Verfassungsbestimmung eine direkt anwendbare, verfassungskonforme Umsetzung des Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung ermöglicht. Nach einer Sammelzeit von nur fünf Monaten konnte die Initiative Ende Dezember mit über 155'000 gültigen Unterschriften eingereicht werden. Sie gehört damit zu den fünf am schnellsten zustande gekommenen Volksinitiativen in der Geschichte.

Im Jahr 2012 nahm die Partei auch mehrere grundlegende Positionsbezüge vor, unter anderem in der Energiepolitik, im Gesundheitswesen sowie zur Raumplanung. Die kantonalen Wahlen zeigten 2012 ein unterschiedliches Bild. Während die SVP bei den Wahlen im ersten Halbjahr einen schweren Stand hatte, konnten in der zweiten Jahreshälfte verschiedene Erfolge verbucht werden. Die Partei zeigte sich insgesamt robust und konsolidiert ihre Ergebnisse auf hohem Niveau. Gegen Ende des Jahres rückte mehr und mehr das Europathema in den Vordergrund. Im Zusammenhang mit der Forderung der EU nach einer institutionellen Anbindung der Schweiz und entsprechenden Signalen des Bundesrates, musste die SVP erneut auf die Gefahr eines schleichenden EU-Beitritts aufmerksam machen. Unter diesem Titel fand am 2. Dezember 2012 im Zusammenhang mit dem zwanzigsten Jahrestag des EWR-Neins ein grosser Gedenk Anlass in Biel statt.

Neben verschiedenen Medienkonferenzen, Publikationen und Mediencommuniqués veröffentlichte die Partei gegen Ende Jahr ein erstes Extrablatt der Schweizerischen Volkspartei, das in allen Haushaltungen in der Schweiz verteilt wurde und die Positionen der SVP zu verschiedenen Fragen darlegte. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass die SVP und ihre Vertreterinnen und Vertreter im Jahr 2012 oft verzerrt und einseitig dargestellt wurden. Strukturell erweiterte die Partei im Frühjahr 2012 die Parteileitung und stützte diese breiter ab. Gleiches galt für die Fraktionsleitung, deren Präsidium Anfang Jahr von Nationalrat Adrian Amstutz übernommen wurde.



Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2012 im Rückblick

JANUAR

6. und 7. Januar 2012: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)

Die Kadertagung in Horn findet am 6. und 7. Januar statt und widmet sich dem Thema „Wirtschafts- und Schuldenkrise“. Welche Auswirkungen werden die Entwicklungen in Europa für die Schweiz haben? Diese Frage erörtern die geladenen Gäste in ihren Referaten. Ein wichtiges Diskussionsthema sind zudem die Wahlen 2011. Am Samstag stellen Politologe Andreas Ladner sowie die Nationalräte Toni Brunner und Christoph Blocher eine detaillierte Wahlanalyse vor. 120 Teilnehmende bringen der Kadertagung wie schon in den vergangenen Jahren grosses Interesse entgegen.

Ordentliche Neubestellung der Fraktionsgremien

Am Samstag, 21. Januar 2012, trifft sich die Fraktion in Bern zur **ordentlichen Neubestellung der Fraktionsgremien** für die erste Legislaturhälfte (2012/2013). Die Fraktion wählt dabei **Adrian Amstutz zum Nachfolger von Caspar Baader** als neuen Fraktionspräsidenten. Das **Vizepräsidium** der Fraktion besteht neu aus den Nationalräten **Yvette Estermann, Guy Parmelin, Natalie Rickli** und **Peter Spuhler**.

Der 58-jährige Adrian Amstutz gehört der Fraktion seit 2003 an. Seit 2008 ist er zudem Vizepräsident der SVP Schweiz. Amstutz ist Mitglied der Kommission für Umwelt-, Raumplanung und Energie des Nationalrates. Der selbständige Unternehmer ist zudem Zentralpräsident des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbandes ASTAG.

Neben Präsident und Vizepräsidenten werden auch die weiteren Mitglieder des Fraktionsvorstandes bestimmt. Der neue Fraktionsvorstand ist für die Jahre 2012/2013 gewählt und nimmt seine Aufgabe per sofort auf. Die Fraktion beschliesst zudem, ihr Reglement anzupassen, damit in Zukunft auch der Vorsitzende der ständerätlichen Gruppe dem Vizepräsidium angehört.

Delegiertenversammlung in Berg (TG) vom 28. Januar 2012

Die Verantwortung der SVP für Land und Leute

Trotz winterlicher Bedingungen finden am 29. Januar zahlreiche Delegierte und Gäste aus allen Ecken der Schweiz den Weg ins thurgauische Berg. Nicht verwunderlich, geht es doch bei der ersten Abstimmung um die Frage, **ob die SVP mit Ueli Maurer im Bundesrat verbleiben soll** oder nicht. Dass das Thema die Delegierten bewegt, sah man auch daran, dass über zwanzig Votanten ihr Anliegen kundtun wollen. Mit **442 Ja- zu 25 Nein-Stimmen** bei 7 Enthaltungen entscheidet die Delegiertenversammlung schliesslich, dass die SVP zum Wohl des Landes in der Regierung verbleiben soll. Deutlich fällt auch der Beschluss zur **Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“**: Nur ein einziger Delegierter stimmt dafür, **447 dagegen**. Das **Bundesgesetz über die Buchpreisbindung** wird von **342 Delegierten**

abgelehnt, 88 stimmen für ein Ja und 4 enthalten sich der Stimme. An dieser Delegiertenversammlung wird der abtretende **Fraktionschef, Caspar Baader, verabschiedet.**



FEBRUAR

Die SVP reicht am 14. Februar die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ ein. Die Initiative, die von 136'195 Personen in nur sieben Monaten unterschrieben worden ist, verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern und damit kontrollieren kann. Immer mehr Menschen strömen in unser Land mit gravierenden Folgen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lohnentwicklung, Mieten, Bodenpreise, Verbauung der Landschaft, Verkehrswege, Energie, Umwelt, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke. Hauptgründe für diese Entwicklung sind insbesondere die Einwanderung aus der EU, der Familiennachzug, die offenen Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen.



Pressekonferenz der SVP vom 20. Februar 2012

„Sofortige Korrekturen im Asylwesen unausweichlich: Asylindustrie stoppen; Anträge zur Asylgesetzrevision“

Die Schweizer Asylpolitik ist bestimmt vom Asylrechts-missbrauch, von Absurditäten und der Untätigkeit sowie der Führungslosigkeit der Verantwortlichen im Asylbe-

reich. Verfahren dauern im Schnitt 1400 Tage, die Gesuchszahlen explodieren, die Kriminalität nimmt zu, die Kosten im Asylwesen steigen von Jahr zu Jahr. Der Unmut und die Unsicherheit in der Bevölkerung werden immer stärker. Daher hat sich eine Arbeitsgruppe der SVP intensiv mit den nötigen Verbesserungen im Asylwesen beschäftigt und 45 Anträge für die am 23. /24. Februar 2012 in der SPK behandelten Asylgesetzrevision verfasst.

Frühlingsession 2012 (27. Februar - 16. März 2012)

In der **ersten Sessionswoche** hat der Nationalrat als Zweitrat die Volksinitiative des HEV zur Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung abgelehnt und entgegen dem Willen der SVP beschlossen, dem Volk die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. In der Detailberatung der Vorlage gegen Zwangsheiraten sind alle Anträge der SVP im Nationalrat abgelehnt worden. Daher stimmte die SVP in der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz, das in dieser Form zu wenig weit geht und wenig bringt. Der Ständerat hat bei der Differenzbereinigung der Via Sicura-Vorlage an einem Mindestalter für Velofahrer und an einer Helmtragepflicht festgehalten. Nach dem Nationalrat empfiehlt auch der Ständerat dem Stimmvolk, die Initiative "Für ein gesundes Klima" abzulehnen. Der Nationalrat hat das Steueramtshilfegesetz gegen den Willen der SVP gutgeheissen, das die Voraussetzungen für den erleichterten Informationsaustausch bei Steuerdelikten schafft. Der Ständerat hat entgegen dem Willen der SVP eine Motion aus dem Nationalrat angenommen, wonach Volksinitiativen, die den Kerngehalt der Grundrechte verletzen, vom Parlament künftig noch vor einer Abstimmung für ungültig erklärt werden sollen. Der Nationalrat hat bei der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes eine Kehrtwende vollzogen und bei der zweiten Beratung einer Mehrwertabgabe von 20% zugestimmt.

In der **zweiten Sessionswoche** hat der Nationalrat als Zweitrat der Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA entgegen dem Willen der SVP zugestimmt. Damit leistet die Schweiz den USA künftig in Fällen von Steuerhinterziehung auch auf Gruppenanfragen Amtshilfe. Der Ständerat hat eine Motion von Oskar Freysinger (SVP/VS) für ein Vermummungsverbot stillschweigend abgelehnt. Der Nationalrat hatte die Motion angenommen. Der Ständerat überwies als Zweitrat eine Motion Sylvia Flückiger (SVP/AG), womit vorläufig Aufgenommene nur noch in Ausnahmefällen Auslandsreisen unternehmen dürfen. Der Nationalrat sprach sich entgegen dem Willen der SVP dafür aus, die Bonussteuer dem Stimmvolk als Gegenvorschlag zur „Abzocker-Initiative“ vorzulegen. Schwere sexuelle Straftaten an bis zu 12-jährigen Kindern sollen nicht mehr verjähren. Mit diesem Grundsatz will der Nationalrat die Unverjährbarkeitsinitiative umsetzen. SVP-Anträge für höhere Alterslimiten hatten keine Chance. Weiter hat der Nationalrat mit einer Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes ein Bussensystem für Kiffer ab 18 Jahren eingeführt. Der Ständerat hat die Motionen zum Agrarfreihandelsabkommen mit der EU behandelt. Dabei folgte er dem Nationalrat bei der Motion Christophe Darbellay (CVP/VS), welche die Verhandlungen stoppen möchte. Einen kompletten Verhandlungsabbruch, wie es die Motion von Rudolf Joder (SVP/BE) fordert, lehnte der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat jedoch ab.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP als Erstrat beschlossen, den ordentlichen Beitrag der Schweiz an den IWF zu erhöhen. Der Ständerat hat die Abstimmung über die SVP-Motion zur Verknüpfung von

Entwicklungshilfe an die Kooperation im Asylbereich wiederholt und die Motion abgelehnt. Am Donnerstag hatte er der Motion noch zugestimmt. Da jedoch beim Zählen der erhobenen Hände ein Fehler unterlaufen war, wurde die Abstimmung wiederholt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat beschlossen, die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" der Lungenliga zur Ablehnung zu empfehlen. Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch bei der Wahl eines nebenamtlichen Bundesrichters den Anspruch der SVP missachtet die Grüne Isabelle Fellrath anstelle des SVP-Kandidaten Michel Bergmann gewählt. Der Nationalrat hat am auf Antrag der SVP eine ausserordentliche Debatte zur SNB geführt. Dabei wurden alle Vorstösse abgelehnt, mit denen der SNB engere Zügel angelegt werden sollten. Der Lohn und die Entschädigung für National- und Ständeräte sollen an die Teuerung angepasst werden. Der Ständerat hielt daran fest, auf die entsprechende Vorlage einzutreten, nachdem der Nationalrat dank der SVP darauf verzichten wollte. Der Nationalrat hat die Swissness-Vorlage beraten und entschieden, dass Lebensmittel als "swiss made" verkauft werden können, wenn 60% des Gewichts der Rohstoffe für stark verarbeitete und 80% der schwach verarbeiteten Lebensmittel aus der Schweiz stammen. Der indirekte Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative steht. Der Nationalrat hat eine Motion abgelehnt, welche die Offenlegung der Finanzierungsquellen von Abstimmungskampagnen forderte. Auch die Revision des Waldgesetzes steht, wonach in Gebieten Wald gerodet werden kann, ohne dass andernorts aufgeforstet werden muss. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "jugend + musik" gutgeheissen und die Volksinitiative selbst zur Ablehnung empfohlen.

Eidgenössische Abstimmung vom 11. März 2012

- *Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“*
- *Volksinitiative „Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen“*
- *Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“*
- *Bundesbeschluss über die „Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke“*
- *Bundesbeschluss über die Buchpreisbindung*

Durchgezogene Abstimmungsbilanz aus Sicht der SVP:

Das **NEIN zur Ferieninitiative** war voraussehbar und zeugt von einem freiheitlichen und partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schweiz. Ein flexibler Arbeitsmarkt, der auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Branchen ausgerichtet ist, bleibt ein grosser Vorteil der schweizerischen Volkswirtschaft, dem es Sorge zu tragen gilt. Die SVP wird sich weiterhin für diesen Standortvorteil zugunsten von Wohlstand und dem Erhalt der Arbeitsplätze in unserem Land einsetzen.

Das **NEIN zur Buchpreisbindung** zeigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den freien Markt einer staatlich gelenkten Preisbildung vorziehen. Dank diesem Entscheid profitieren Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten auch weiterhin von günstigen Büchern dank innovative Buchhändlern und dem Internethandel in der Schweiz. Die SVP zählt darauf, dass mit dieser Volksentscheid die nun über Jahrzehnte hinweg diskutierte Buchpreisbindung ein für alle Mal vom Tisch ist.

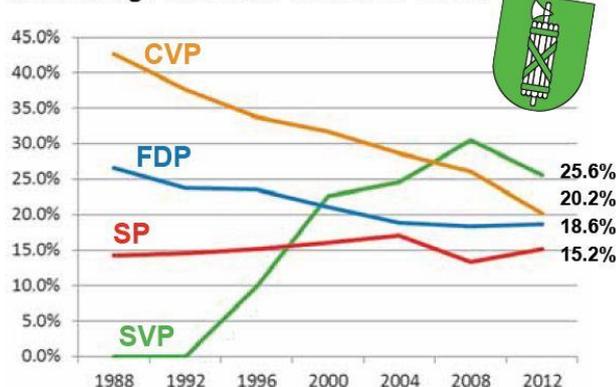
Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben mit dem knappen **JA zur Zweitwohnungsinitiative** ihrer Sorge über den Umgang mit unbebautem Kulturland Ausdruck gegeben. Es gilt eine vernünftige Umsetzung mit Augenmass sicherzustellen, damit insbesondere in den betroffenen Regionen die negativen Auswirkungen einer starren Regelung abgefedert werden können.

Das **JA zur unbestrittenen Vorlage zur Verwendung der Geldspielgewinne** zugunsten der Gemeinnützigkeit bestätigt eine bewährte Schweizer Lösung. Bei der Umsetzung gilt es nun, in den Kantonen auch in Zukunft Augenmass zu halten, und einer überbordenden Bürokratie eine klare Absage zu erteilen.

Die SVP bedauert das **NEIN zur Bauspar-Initiative**. Die Zustimmung von rund 45% zeigt jedoch, dass in der Schweiz das private Sparen für den Erwerb von Wohneigentum hoch im Kurs liegt. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass der Bundesrat künftig den Vorbezug der Vorsorgegelder der 2. Säule für den Erwerb von Wohneigentum einschränken will. Die SVP wird sich deshalb für die Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ des Hauseigentümergebietes der Schweiz, welche am 17. Juni 2012 zur Abstimmung kommt, einsetzen. Das Bausparen würde mit dieser Initiative gestärkt durch einen maximalen Steuerfreibetrag von Fr. 10'000 pro Jahr und Steuerpflichtigen während maximal 10 Jahren

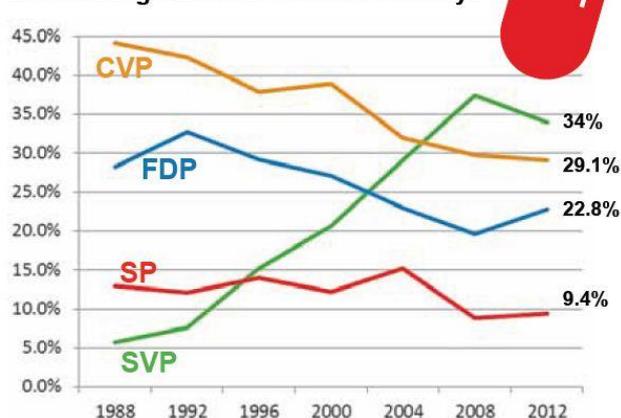
Die SVP schneidet am **11. März** bei den zweiten **kantonalen Wahlen** seit dem Oktober 2011, wie erwartet, durchgezogen ab. In den Kantonsregierungen konnten durchwegs gute Resultate erzielt werden, mit **Spitzenergebnissen in den Kantonen Schwyz und Thurgau**. In Schwyz kann gar ein dritter Sitz im Regierungsrat errungen werden. Im **Kanton Uri** kann die SVP ihren im Jahr 2010 mit Beat Arnold erstmals errungenen Regierungssitz bestätigen. Bei den Parlamentswahlen entsprechen die Resultate in etwa den Erwartungen. Während im **Kanton Waadt** Wähleranteile und ein Sitz dazugewonnen werden konnten, sind Verluste in Schwyz, St. Gallen und Uri (neu 15 Sitze, 3 Sitzverluste) zu verzeichnen.

Entwicklung Parteistärke Kanton St. Gallen



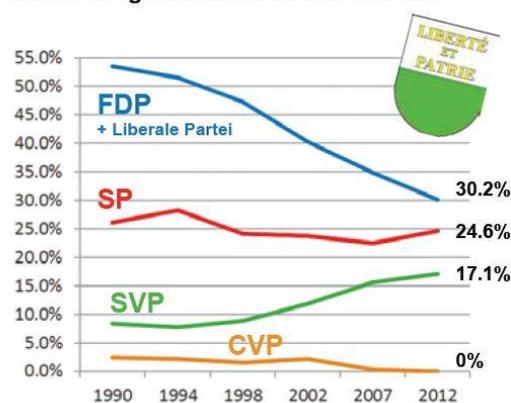
Die CVP verliert auch im Kanton St. Gallen seit 1988 (42.7%) ununterbrochen Wähleranteile und hat heute noch 20.2%. Die SP erreicht mit 15.2% im Jahr 2012 das gleiche Ergebnis wie 1996.

Entwicklung Parteistärke Kanton Schwyz



Die CVP verliert seit 1988 (44.2%) ununterbrochen Wähleranteile und hat heute noch 29.1%.

Entwicklung Parteistärke Kanton Waadt



Die Fusion der FDP mit der Liberalen Partei im Kanton Waadt findet erst im zweiten Quartal 2012 statt. Sie verlieren aber, wenn man ihre Parteistärken von 2007 (34.9%) auf 2012 (30.2%) zusammenzählt -4.7%.

Sonderparteitag in Ebnet-Kappel (SG) vom 24. März 2012

Volksschule: Praxisvorbereitung für Lehrer und Schüler

Das Konzept der Lehrer-Ausbildung für die heutige Volksschule, konsequent zentralisiert bei den Pädagogischen Hochschulen (PH), ist gescheitert. Die Pädagogischen Hochschulen können den Bedarf an Lehrern für die Volksschule nicht im Entferntesten gewährleisten. Der Lehrermangel verschärft sich. Die Vernachlässigung der Praxis-Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen bildet den Hauptgrund für das Versagen der heutigen Lehrer-Ausbildung. Die SVP-Delegierten und Gäste haben am 24. März in Ebnet-Kappel einen Forderungskatalog zur Praxisausbildung für Lehrer und angehende Lehrlinge diskutiert und verabschiedet.

Die Parteileitung soll breiter abgestützt werden

Die Parteileitung der SVP Schweiz hat sich im Hinblick auf die ordentlichen Gesamterneuerungswahlen der Parteiorgane vom 5. Mai 2012 mit der Organisation und Zusammensetzung des Gremiums befasst. Sie beantragt zuhanden des Leitenden Ausschusses, des Zentralvorstandes und der Delegiertenversammlung einstimmig eine breitere Abstützung der Parteileitung. Damit sollen sowohl eine sinnvolle Kontinuität als auch eine Erneuerung des Gremiums sichergestellt werden. Im Weiteren wird die Verankerung der Westschweiz sowie der Frauen in der strategischen Führung der Partei gestärkt und die regionale Vielfalt erhöht. Als neue Mitglieder der Parteileitung und als Vizepräsidenten werden Oskar Freysinger (VS), Luzi Stamm (AG), Judith Uebersax (SZ) sowie Claude-Alain Voiblet (VD) vorgeschlagen. Verzichtet werden soll in Zukunft auf ein fixes Ressortsystem.

Am 15. April 2012 wird im **Kanton Thurgau** der **Kantonsrat** gewählt. Es wurde aufgrund des neuen Wahlsystems und neuen Bezirksteilungen mit einem Verlust für die SVP gerechnet. Neu hat die SVP noch 30,5% Wähleranteile (-5.9%). Zu den Gewinnern gehören die GLP und die BDP, auch die FDP und CVP verlieren leicht. Die SVP Kanton Thurgau verliert 10 Sitze und hat neu nur noch 41 der 130 Sitze. Dennoch stellt sie die mit Abstand grösste Fraktion im Kantonsrat.

Pressekonferenz der SVP vom 17. April 2012

„Ausschaffungsinitiative: Volkswillen endlich durchsetzen“

Fast 1½ Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände existiert noch immer kein Entwurf für ein Umsetzungsgesetz zum Verfassungsartikel. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. SVP-Vertreter forderten deshalb vom Bundesrat erneut die Achtung des Volkswillens, dessen Durchsetzung bisher willkürlich verschleppt wurde. Das Vernehmlassungsverfahren zu einem Gesetzesentwurf ist umgehend zu eröffnen. Dabei sind die Vorschläge der SVP zu berücksichtigen, die eine korrekte Umsetzung des Volkswillens ermöglichen. Die SVP hat ihrerseits die Vorarbeiten für eine Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative abgeschlossen. Die Initiative liegt auf der Bundeskanzlei und kann jederzeit gestartet werden.



Am 26. April 2012 ernennt die **SVP St. Gallen ihren neuen Kantonalpräsidenten**, den Kantonsrat Herbert Huser.

Im **Kanton St. Gallen** verpasst der 32-jährige SVP Kantonsrat Michael Götte am 29. April 2012 den 2. SVP Regierungsratssitz um 4000 Stimmen, welche er nach anfänglicher Führung in den Städten verlor. Die SP konnte sich diesen mit Fredy Fässler erhalten.

MAI

Sondersession 2012 (2. – 3. Mai)

Mittwoch, 2. Mai 2012

Der **Nationalrat** hat die Beratung der **Legislaturplanung** 2011-2015 aufgenommen. Die SVP kritisierte in verschiedenen Voten das Instrument der Legislaturplanung sowie die unklare und nicht messbare Vorlage des Bundesrates. Ein Rückweisanspruch der SVP wurde jedoch mit 125:43 Stimmen abgelehnt. In der Beratung der Ziele und Massnahmen schrieb der Nationalrat dem Bundesrat als zusätzliche Leitlinie die verstärkte Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau in die politische Agenda. Anträge der SVP, diese Massnahmen zur unnötigen Förderung der Chancengleichheit zu streichen, blieben chancenlos. Auch mit den meisten anderen Anträgen ist die SVP gescheitert. So beispielsweise mit Anträgen zur Kürzung der Beiträge an internationale Organisationen, wie jene für den IWF. Hingegen stieg der Nationalrat mit 88:83 Stimmen auf die SVP-Forderung ein, die Entwicklungszusammenarbeit an Rückübernahmeabkommen für abgewiesene Asylsuchende zu binden.

Donnerstag, 3. Mai 2012

Am Donnerstag hat der **Nationalrat** die **Legislaturplanung** zu Ende beraten. In der Gesundheitspolitik soll der Bundesrat im Sinne der SVP die Finanzierungsstrukturen vereinfachen, indem eine monistische Finanzierung - aus einer Hand - eingeführt wird. Weiter sollen bei den Sozialversicherungen Fiskalregeln und eine Schuldenbremse eingeführt werden.

Weiter hat der Nationalrat im Sinne der SVP eine Gesetzesänderung gutgeheissen, welche fordert, dass **Tankstellenshops** rund um die Uhr geöffnet haben und das gesamte Sortiment verkaufen dürfen. Stimmt auch der Ständerat zu, wollen die Gewerkschaften das Referendum ergreifen.

Bei der Beratung von Vorstössen aus dem EVD hat der Nationalrat u.a. beschlossen:

- die Einfuhr von **Reptilienhäuten** aus tierquälerischer Produktion zu unterbinden
- die Verbuschung und Verwaldung **landwirtschaftlicher Nutzfläche** zu verhindern und die verlorene Nutzfläche wiederherzustellen (Motion von Siebenthal (SVP/BE))
- wieder stärker in den **Milchmarkt** einzugreifen, indem unter anderem Mindeststandards für Verträge zwischen Milchverarbeitern und Lieferanten vorgeschrieben werden

Die Vorstösse gehen nun in den Ständerat.

Der **Ständerat** hat keine Sondersession durchgeführt.

Delegiertenversammlung 2012 in Klingnau (AG) vom 5. Mai 2012 „Volksrechte stärken“

Im Zentrum der Delegiertenversammlung stehen die Parolenfassungen im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Juni 2012:

Die Delegierten der SVP haben die JA -Parole für die Volksinitiative "Staatsverträge vor Volk" einstimmig mit 486 Ja-Stimmen gefasst.

Die Delegierten der SVP haben die JA -Parole für die Volksinitiative "Eigene Vier Wände" mit 415 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen gefasst.

Die Delegierten der SVP haben die Nein -Parole zu Managed care mit 368 Nein-Stimmen zu 52 Ja-Stimmen gefasst.

Zudem werden die Gremien neu bestellt. Die Parteileitung wird mit Begeisterung bestätigt. Weiter werden vier weitere Vizepräsidenten in die Parteileitung gewählt: Die Nationalräte Luzi Stamm und Oskar Freysinger sowie die Präsidentin der SVP Frauen, Judith Uebersax und der Koordinator der Romandie, Claude-Alain Voiblet.



Sommersession 2012 (29. Mai – 15. Juni)

In der ersten Sessionswoche hat sich der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat dafür ausgesprochen, Gruppenanfragen in Amtshilfeverfahren zulassen. Diskussionlos hat er die Formulierung "im Einzelfall" aus dem Steueramtshilfegesetz gestrichen. Das Gesetz als Ganzes nahm er ohne Gegenstimme an. Der Ständerat will wie Bundesrat und Nationalrat die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr mit der EU verschärfen. Die Solidarhaftung wird jedoch aus der Vorlage gestrichen. Der Nationalrat hat beschlossen, den Preis der Autobahnvignette von 40 auf 70 CHF anzuheben, die vom Bundesrat beantragten 100 CHF wurden abgelehnt. Die Revision des Raumplanungsgesetzes, die als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative dienen soll, ist parlamentarisch unter Dach und Fach. Die Altersvorsorge für Parlamentarier wird vorerst nicht neu geregelt. Der Ständerat hat nachgegeben und sich damit einverstanden gezeigt, das Vorhaben aufzugeben. Der Ständerat hat

am Freitag dem Präventionsgesetz zugestimmt, nachdem er in der Wintersession 2011 nicht darauf eingetreten war.

In der zweiten Sessionswoche hat der Ständerat entgegen dem Willen der SVP als Zweitrat der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zugestimmt. Damit werden Personen über 18 Jahre bei Cannabiskonsum in der Schweiz nur noch mit Busse bestraft. Der Ständerat hat weiter die Initiative "Ja zur Hausarztmedizin" ohne Gegenstimme abgelehnt und den direkten Gegenvorschlag des Bundesrats in abgeänderter Form unterstützt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einem Verfassungsartikel zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegen dem Willen der SVP zugestimmt. Dieser schreibt vor, dass Bund und Kantone für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen sorgen. Der Nationalrat hat gegen den Willen der SVP die Entwicklungshilfe für die nächsten vier Jahre auf 11,35 Mrd. CHF aufgestockt. Die SVP wollte die Ausgaben auf 9,6 Mrd. CHF limitieren, was jedoch chancenlos blieb. Weiter hat der Nationalrat die Volksinitiative "Für eine starke Post" zur Ablehnung empfohlen. Der Ständerat hat sich mit 27 zu 17 Stimmen im Sinne der SVP gegen die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit ausgesprochen. Der Nationalrat hat beschlossen, die Landschaftsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen. Er setzt auf die Revision des Raumplanungsgesetzes.

In der dritten Sessionswoche hat der Nationalrat dem Gesetz über die internationale Quellenbesteuerung doch zugestimmt, nachdem er in der ersten Sessionswoche dieses knapp abgelehnt hatte. Damit können die Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich umgesetzt werden. Der Ständerat hat sich erstmals gegen sein traditionelles Abstimmungsverfahren ausgesprochen, indem er eine Pa.Iv. von This Jenny (SVP/GL) für die Einführung einer transparenten elektronischen Abstimmung mit 22 zu 21 Stimmen gutgeheissen hat. Der Nationalrat hat im Verkehrssicherheitspaket Via Sicura die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt, nachdem die kleine Kammer in der Frage der Helmpflicht auf den Nationalrat eingeschwenkt war und diese aus der Vorlage gestrichen wurde. Der Nationalrat hat mit 90 zu 84 Stimmen entgegen dem Willen der SVP beschlossen, die Parlamentarisierung der Unverjährbarkeitsinitiative dem Nationalrat gefolgt und will schwere sexuelle Straftaten an bis zu 12-jährigen künftig nicht mehr verjähren lassen. Ein SVP-Antrag für eine Altersgrenze von 14 Jahren wurde abgelehnt. Der Nationalrat hat bei der Beratung des Asylgesetzes beschlossen, dass Asylsuchende nur noch Nothilfe statt Sozialhilfe erhalten sollen. Weiter sollen Wehrdienstverweigerer nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt werden und auf Schweizer Botschaften sollen keine Asylgesuche mehr eingereicht werden können. Diese beiden Änderungen wurden in eine dringliche Vorlage überführt. Nein sagte der Nationalrat zu Internierungslagern für renitente Asylsuchende. Er will solche Personen aber in besonderen Zentren unterbringen. Auch diese Forderung wurde in die dringliche Vorlage eingebaut. Bei den Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuchen sowie bei der vorläufigen Aufnahme wurden weitere Verschärfungen aufgenommen. Nun hat der Ständerat zu entscheiden. In einer von der SVP geforderten dringlichen Debatte zur Euro-Krise haben sich alle Parteien hinter den von der SNB verteidigten Mindestkurs von 1.20 CHF gegenüber dem Euro gestellt. Der Ständerat will Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013 bis 2016 mit insgesamt 26 Mrd. CHF fördern. Der Ständerat hat als Zweitrat der Quotenerhöhung des IWF zugestimmt, womit sich die Schweiz unter anderem den Sitz im IWF-Exekutivrat sichern will. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Staatsrechnung 2011 des Bundes oppositionslos gutgeheissen. Mit den Schlussabstimmungen zu 23 Vorlagen haben die eidgenössischen

nössischen Räte die Sommersession abgeschlossen. Dabei wurde der direkte Gegenvorschlag zur Abzockerinitiative vom Nationalrat im Sinne der SVP abgelehnt. Somit kommt die Initiative ohne direkten Gegenvorschlag vors Volk. Parlamentarisch unter Dach kamen dagegen unter anderem die Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich, die Revision des Raumplanungsgesetzes, die Revision des Strassenverkehrsgesetzes ("Via Sicura"), sowie das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten.

JUNI

Pressekonferenz der SVP vom 15. Juni 2012

„SVP kämpft gegen Abschaffung der parlamentarischen Immunität“

Das Vorgehen der zuständigen Parlamentskommissionen im Zusammenhang mit einem Gesuch der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich zur Aufhebung der Immunität von Nationalrat Christoph Blocher wirft grundlegende Fragen zur Bedeutung der parlamentarischen Immunität auf. So wurde der erste Fall nach neuer Immunitätsregelung zu einer politischen Abrechnung missbraucht, welche faktisch zu einer Abschaffung der relativen Immunität führt. Das Parlament wird dadurch geschwächt. Die SVP nimmt dies nicht hin und fordert deshalb eine Anpassung der Rechtsgrundlagen.

Eidgenössische Abstimmung vom 17. Juni 2012

Das **NEIN zur Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk!“** war aufgrund der massiven Angstkampagne der Gegner voraussehbar. Die SVP wird Bundesrat und Gegner der Vorlage beim Wort nehmen, dass das Volk bei wirklich wichtigen Vorlagen, wie z.B. bei der im Rahmen des Energieabkommens vorgesehenen institutionellen Anbindung an die EU, abstimmen darf. Die SVP wird sich weiterhin für die Stärkung und den Ausbau der Volksrechte, insbesondere in der Aussenpolitik, einsetzen. Auch der Bundesrat hat hier einen Handlungsbedarf ausgemacht. Die schweizerische Aussenpolitik war in den vergangenen Jahren allzu oft geprägt von Anpassertum und der Aufgabe von Unabhängigkeit und Standortvorteilen.

Die SVP zeigt sich befriedigt über das **NEIN zu Managed Care**. Das deutliche Resultat bringt zum Ausdruck, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Freiheit im Gesundheitswesen wichtig ist. Dies muss auch als klare Absage an eine Einheitskasse verstanden werden, die noch eine wesentlich grössere Einschränkung der Freiheit mit sich bringen würde. Mit dem Nein sind alle grösseren Reformen im Gesundheitswesen der letzten Jahre vor dem Volk oder bereits im Parlament gescheitert, unter anderem auch der Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative der SVP. Die SVP ist besorgt über die Selbstbedienungsmentalität und die damit stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Es sind insbesondere die Familien und der Mittelstand, die von den jährlichen Prämien erhöhungen hart betroffen sind. Die SVP setzt deshalb neben der Eigenverantwortung auf die verstärkte Missbrauchsbe-kämpfung im Gesundheitswesen.

Die SVP bedauert das **NEIN zur Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“**. Die steuerliche Förderung des erstmaligen Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum durch Bausparen ist damit gescheitert. Dies darf indes nicht als Freipass für Einschränkungen des Erwerbs von Wohneigentum interpretiert werden. Privates Eigentum bildet eine wichtige Grundlage unserer Gesellschaft und unsere

Staates. Diesbezüglich gibt es einigen Handlungsbedarf. Besitzerinnen und Besitzer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung drückt der Schuh beispielsweise seit Jahren beim Eigenmietwert. Die Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“, die am 23. September zur Abstimmung kommt, will Rentnerinnen und Rentnern ein einmaliges Wahlrecht einräumen, den Eigenmietwert nicht mehr zu versteuern. Im Gegenzug wären die mit dem Wohneigentum verbundenen Schuldzinsen nicht mehr abziehbar. Unterhaltskosten bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 4'000 Franken sowie Kosten für Massnahmen, die dem Energiesparen, dem Umweltschutz und der Denkmalpflege dienen, bleiben allerdings vollumfänglich abzugsberechtigt.

Am 20. Februar 2012 stellt die SVP an einer Pressekonferenz ihre Anträge zur Asylgesetz-Revision vor. **Von den damals präsentierten 45 Asyl-Anträgen wurden nun über die Hälfte vom Nationalrat angenommen.** Von den fünf beantragten Motionen, wurden drei von der Staatspolitischen Kommission (SPK) eingereicht und vom Nationalrat angenommen. Dank der SVP konnte die vorher zahnlose Asylgesetz-Revision verschärft werden. Mit Freude durfte zur Kenntnis genommen werden, dass die seriöse Vorbereitung der SVP auch die Mitteparteien aus dem Schlaf erwecken liess, welche mit einiger Verspätung (teilweise erst vor der Ratsdebatte) ebenfalls unterstützenswerte Anträge einbrachten und mithalfen, die Vorlage wirkungsvoller zu machen.

JULI

Pressekonferenz der SVP vom 11. Juli 2012

„Für mehr Eigenverantwortung und weniger Fehlanreize im Gesundheitswesen“

Die SVP hat anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues gesundheitspolitisches Grundlagenpapier unter dem Titel „Krankes Gesundheitswesen in der Schweiz?“ vorgestellt. Unser Gesundheitswesen krankt in verschiedener Hinsicht. Insbesondere eine Vielzahl von Regulierungen und Fehlanreizen haben in den letzten Jahren zu einer enormen Kostenexplosion und damit zu massiv steigenden Prämien geführt. Die SVP macht konkrete Vorschläge, wie Wettbewerb und Eigenverantwortung im Gesundheitswesen gestärkt werden können. Die Mengenausweitung sowie Quersubventionierungen und ineffiziente Umverteilungen sind zu stoppen. Zudem ist die Rolle der Kantone im Gesundheitswesen zu klären.

24. Juli 2012 Sammelstart der Durchsetzungsinitiative

Die SVP nimmt das Heft selber in die Hand. Ab heute können die Schweizerinnen und Schweizer die **Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) unterschreiben.** Die Durchsetzungsinitiative verlangt dank einer im Detail ausformulierten Verfassungsinitiative die direkt anwendbare verfassungskonforme Durchsetzung der von Volk und Kantonen angenommenen Verfassungsbestimmungen zur Ausschaffung krimineller Ausländer.

Pressegespräch der SVP vom 28. Juli 2012

SVP versendet auf den 1. August hin die Durchsetzungsinitiative in alle Haushaltungen. Bei schönstem Sonnenschein haben Parteipräsident Toni Brunner und Vizepräsident Claude-Alain Voiblet anlässlich eines Pressegesprächs im Haus der Freiheit

über die aktuellen und künftigen Schwerpunkte der SVP informiert. Toni Brunner erläuterte, dass jede Schweizerin und jeder Schweizer nächste Woche selber erkennen können, wie ernst es der SVP mit der Durchsetzungsinitiative ist. Alle erhalten Post mit der Aufforderung, den Volkswillen jetzt durchzusetzen und die Initiative umgehend zu unterschreiben. Für diesen Versand eignet sich der Nationalfeiertag besonders gut, denn wie bei der Gründung der Eidgenossenschaft gilt es auch heute, für den Volkswillen und damit die direkte Demokratie einzustehen und nicht nach der Pfeife fremder Richter zu tanzen.



AUGUST

4. August: 1. Bauernlandsgemeinde SVP will heimische Nahrungsmittelproduktion statt zusätzliche Förderung der Importe

An der erstmals stattgefundenen Bauern-Landsgemeinde schickten die rund 1'000 anwesenden Bäuerinnen und Bauern die vorgelegte Strategie von Bundesrat Schneider-Ammann zur Agrarpolitik 2014-2017 an den Absender zurück. Die bäuerliche Einkommenssituation ist zu stärken, indem die Produktion an erster Stelle steht und nicht die Landwirte zu staatlichen Landschaftsgärtnern gemacht werden. Die Anwesenden forderten Bundesrat Schneider-Amman zudem auf, den Agrarbereich beim Freihandelsabkommen mit China ohne Wenn und Aber auszuklammern. Neben Bauernverbands- und Nationalratspräsident Hansjörg Walter sprachen die Nationalräte Andreas Aebi, Jean-Pierre Grin, Hansjörg Knecht, Albert Rösti und Parteipräsident Toni Brunner.



Pressekonferenz der SVP vom 20. August 2012

„Für eine Raumplanung mit Augenmass“

Die SVP hat anlässlich einer Medienkonferenz ein neues Positionspapier zur Raumplanung vorgestellt. Sie zeigt darin auf, dass auch in der Raumplanung die verfassungsmässigen Grundsätze einzuhalten sind und eine zentrale Steuerung von oben durch den Bund klar abzulehnen ist. Benachteiligungen bzw. der Ausschluss einzelner Regionen von Wachstum und Wohlstand sind ebenso falsch wie eine grenzenlose Bautätigkeit. Statt staatlichem Dirigismus sind pragmatische Lösungen gefragt, welche die Rechte und Bedürfnisse der einzelnen Regionen berücksichtigen aber auch die berechtigten Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen.

Delegiertenversammlung 2012 in Basel (BS) vom 25. August 2012

„Freiheit und Verantwortung“

Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz hat in Basel-Stadt folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 23. September 2012 gefasst:

JA zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ mit 289 Ja zu 6 Nein-Stimmen bei einzelnen Enthaltungen. Die SVP setzt damit ein klares Zeichen für faire Steuern zugunsten der älteren Bevölkerung und gegen die hohe Verschuldung in der Schweiz.

Die Delegierten sagten **Nein zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“** mit 284 Nein zu 25 Ja-Stimmen. Sie sagen damit Nein zur Zwängerei und weiteren massiven Eingriffen in die Privatsphäre von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Der Zentralvorstand hatte am 24. August in Basel-Stadt **den Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung mit 34:10 Stimmen abgelehnt.**

Eine bundesstaatliche Zentralisierung der Jugendmusikförderung braucht es nicht, da diese teurer und schlussendlich gar die heute oft privat organisierte Förderung verdrängen wird.

Regierungsratswahlen in Schaffhausen. Die beiden bisherigen SVP Regierungsräte Rosmarie Widmer Gysel und Ernst Landolt werden erfolgreich bestätigt.

Pressekonferenz der SVP vom 27. August 2012

„Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung“

Die SVP hat ihr neues Positionspapier für eine sichere Stromversorgung präsentiert. Sie fordert darin eine realistische Energiepolitik, welche eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert. Ein planloser, überstürzter Ausstieg aus der Kernenergie ohne funktionierende Alternative wäre ein fatales Experiment. Die Stromversorgung hat sich an realistischen Grundsätzen und an den heute verfügbaren Technologien zu orientieren. Für die SVP stehen die Versorgungssicherheit, die Unabhängigkeit vom Ausland bei der Produktion und die Bezahlbarkeit des Stromes im Mittelpunkt ihrer Strategie. Klar abgelehnt wird von der SVP eine Ökosteuer, wie sie offenbar demnächst im Bundesrat diskutiert werden soll. Eine solche Steuer würde tausende von Arbeitsplätzen kosten, die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz zerstören und die Randregionen ausbluten. Das heute präsentierte energiepolitische Grundlagenpapier bildet den Startschuss für eine ausführliche Diskussion der Parteiorgane in den nächsten Monaten.

Herbstsession 2012 (10. September – 28. September)

Folgende stossende Beschlüsse der Herbstsession haben wir den anderen Parteien zu verdanken:

- Die produzierende Landwirtschaft wird nicht mehr gefördert, Bauern werden zu Landschaftsgärtnern umerzogen
- Aufstockung der Entwicklungshilfe auf über 11 Milliarden CHF für die nächsten vier Jahre
- Kiffer werden nicht mehr angezeigt, müssen nur 100 CHF Busse zahlen
- Die SVP-Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ wird zur Ablehnung empfohlen
- Einführung der Solidarhaftung auf Schweizer Baustellen

In der ersten Sessionswoche hat der Nationalrat die Vorlage zur Schweizer Beteiligung an IT-Grosssystemen von Schengen und Dublin an den Bundesrat zurückgewiesen, da er mehr Informationen verlangt. Der Ständerat hat als Zweitrat eine Motion von Natalie Rickli (SVP/ZH) überwiesen, welche verlangt, dass niemand nach einem Umzug doppelt Billag-Gebühren zahlen muss. Der Ständerat hat die vierjährigen Kredite für Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, für wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen sowie für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten im Umfang von insgesamt 11,35 Mrd. CHF – eine halbe Milliarde mehr als heute – entgegen dem Willen der SVP klar befürwortet. Der Nationalrat hat sich entgegen dem Willen der SVP als Zweitrat dafür ausgesprochen, dass die Schweiz bei Gruppenanfragen Amtshilfe leisten soll und das Steueramtshilfegesetz verabschiedet. Pauschalbesteuerte sollen mehr bezahlen als heute, die direkten Bundessteuern und kantonalen Steuern sollen mit dem Siebenfachen der Wohnkosten berechnet werden. Heute wird der fünffache Wert herangezogen. Damit folgte der Nationalrat Bundesrat und Ständerat. Der Ständerat ist in der Differenzbereinigung der Asylgesetzrevision in den meisten Punkten dem Nationalrat gefolgt. Abgelehnt hat er jedoch ein reines Nothilfe-Regime zugunsten eines reduzierten Sozialhilfesystems. Dem Nationalrat gefolgt ist er im Entscheid, dass renitente Asylsuchende in speziellen Zentren untergebracht werden sollen, dass die Wehrdienstverweigerung und Nachfluchtgründe nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft gelten, dass an Schweizer Botschaften im Ausland kein Asylgesuch mehr gestellt werden kann und dass der Bund für eine befristete Dauer Bundeszentren einrichten kann. Diese Massnahmen haben beide Räte für dringlich erklärt, damit sie bereits nach der Herbstsession in Kraft treten.

In der zweiten Sessionswoche hat der Nationalrat eine Motion von Oskar Freysiger (SVP/VS) zum Austritt aus dem IWF abgelehnt. Der Ständerat hat eine Motion angenommen, wonach Läden werktags in der ganzen Schweiz bis 20 Uhr offen sein dürfen. Zudem hat er als Zweitrat eine Lockerung der Regeln für Autobahnraststätten und Tankstellenshops an rege befahrenen Hauptverkehrsachsen beschlossen. Der Nationalrat hat als Zweitrat die Verordnungen zur Umsetzung des Regelwerks "Basel III" und der "Too-big-to-fail"-Vorlage genehmigt. Der Nationalrat hat eine Motion von Walter Wobmann (SVP/SO) abgelehnt, die wollte, dass die Erträge der Mineralölsteuer gänzlich dem Strassenbau zugutekommen. Der Nationalrat hat die Stossrichtung der Agrarpolitik 2014-2017 bestätigt und dabei entgegen dem Willen der SVP das neue Direktzahlungssystem ohne Tierbeiträge und die umstrittenen

Landschaftsqualitätsbeiträge gutgeheissen. Für Bauland will der Nationalrat im Gegensatz zum Bundesrat weiterhin Direktzahlungen ausrichten. Einen Teilerfolg feierten die Milchbauern: Der Nationalrat befürwortete engere Schranken für Milchverträge und forderte eine Verordnung dazu. Der Nationalrat hat sich entgegen dem Willen der SVP dem Ständerat in der Höhe der Ordnungsbusse für Cannabiskonsum auf 100 CHF statt 200 CHF angeschlossen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner SGK zur Schaffung eines Rahmengesetzes für Sozialhilfe entgegen dem Willen der SVP gutgeheissen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat beschlossen, den Preis der Autobahnvignette anzuheben. Die Höhe steht aber noch nicht fest: Der Ständerat will den Preis von 40 CHF auf 100 CHF erhöhen, der Nationalrat auf 70 CHF.

In der dritten Sessionswoche hat der Nationalrat eine Pa.Iv. der SVP mit dem Wortlaut der Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" abgelehnt. Die Bahnen in der Schweiz erhalten für die nächsten vier Jahre rund 9,45 Mrd. CHF für den Betrieb, Unterhalt und Substanzerhalt ihrer Infrastruktur, dies hiess der Nationalrat als Zweitrat ohne Gegenstimme gut. Der Ständerat empfiehlt die SVP-Volksinitiative "Volkswahl des Bundesrats" ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Nationalrat will getrennten oder geschiedenen Eltern im Normalfall das gemeinsame Sorgerecht für die Kinder zuteilen. Der Ständerat hat sich zur Bekämpfung des Lohndumpings auf dem Bau entgegen dem Willen der SVP für eine Solidarhaftung für die ganze Auftragsnehmerkette ausgesprochen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion der WAK-NR zur Einführung eines Solidaritätsprozents für Saläre über 315'000 CHF zur Sanierung der ALV stillschweigend angenommen. Der Nationalrat empfiehlt die JUSO-Initiative "1:12 - Für gerechte Löhne" als Erstrat zur Ablehnung. Der Ständerat hat im Sinne der SVP die Vorlage zum Präventionsgesetz versenkt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Standesinitiative aus dem Kanton Aargau für ein nationales Verhüllungsverbot abgelehnt.

Die Vereinigte Bundesversammlung hat Alexia Heine (SVP) als neue Bundesrichterin gewählt. Sie ersetzt den zurücktretenden Bundesgerichtspräsidenten Lorenz Meyer (SVP). Ans Bundesverwaltungsgericht gewählt wurden Jürg Steiger (SVP) und Maurizio Greppi (SP).

Eidgenössische Abstimmung vom 23. September 2012

Mit dem knappen **Nein zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“** wurde eine Chance verpasst, die Seniorinnen und Senioren, die ihre Schulden abbezahlt haben, steuerlich zu entlasten. Ebenso wurde es verpasst, einen Anreiz einzuführen, damit die Hypothekarschulden der privaten Haushalte in der Schweiz reduziert werden. Der hohe Ja-Stimmenanteil zeigt aber auf, dass die Bevölkerung der bestehenden Regelung kritisch gegenübersteht. Die SVP behält sich hier weitere politische Vorstösse vor.

Das klare **Nein zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“** macht deutlich, dass die Schweizer Bevölkerung keine weitergehenden Rauchverbote will und mit der bestehenden Lösung in diesem Bereich zufrieden ist. Die SVP fordert deshalb unter diese Debatte einen Schlussstrich zu ziehen und von weiteren radikalen Verboten abzusehen. Die SVP nimmt dies auch als klaren Auftrag, sich weiterhin für Freiheit und Eigenverantwortung in unserem Land einzusetzen.

Das erwartete **Ja zum Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung** führt zu einem neuen Verfassungsartikel. Dieser ist nun pragmatisch und mit einem zurückhaltenden Mitteleinsatz umzusetzen. Es ist zu beachten, dass die bestehen-

den, funktionierenden Strukturen auf Gemeinde- und Kantonsebenen nicht zer-schlagen und unnötig umfunktioniert werden. Die SVP verlangt, dass die Ausbil-dungs- und Abschlussvoraussetzungen für Musiklehrer nicht in gleichmacherischer Absicht vereinheitlicht werden. Erfahrene Musiker, Autodidakten und nicht studierte Volksmusiker sollen sich weiterhin in der Jugendmusik engagieren dürfen. Es gilt insbesondere die heimische Kultur, den Volksmusik- und Jodelbereich, nicht durch staatliche Zwangsmassnahmen einzuengen.

Erfolgreiche Kantonratswahlen in Schaffhausen. Die SVP kann ihre Stellung als stärkste Partei im Kanton bestätigen. Zusammen mit der Jungen SVP und der SVP Senioren erreicht die SVP einen Wähleranteil von 33.6% (+1%) und stellt neu 20 Sitze (+1) der 60 Kantonsräte.

OKTOBER

Energie-Fachtagung der SVP Schweiz vom 15. Oktober 2012

Thema: „Utopien des Bundes führen in die Sackgasse“

Scharfe Kritik an der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 und am planlosen Aus-stiegsentscheid des Parlaments: Das war die Quintessenz der Fachtagung der SVP Schweiz in Aarau zur Energiepolitik, anlässlich welcher über 100 Energiepolitiker aus den Kantonalparteien, Experten und Interessierte engagiert über die künftige Ener-gieversorgung diskutierten. Dem unrealistischen und auf dem Prinzip Hoffnung auf-bauenden bundesrätlichen Konzept wurde eine klare Absage erteilt. Viel Zustim-mung dagegen gab es von Referenten und Teilnehmern zur Energiestrategie der SVP, welche mit den heute bekannten Technologien und realistischen Zahlen und Vorgaben die energiepolitische Zukunft der Schweiz sicherstellen will.



Bei den Gesamterneuerungswahlen vom 21. Oktober 2012 im Kanton Aar-gau schneidet die SVP allen Widrigkeiten zum Trotz sehr gut ab.

Die SVP ist die Wahlsiegerin im Kanton Aargau. Mit einem ausgebauten Wähleran-teil von 32% (+0,1%) gewinnt sie das Vertrauen von mehr Wählerinnen und Wäh-lern als die zweit- und drittplatzierten FDP und SP zusammen. Alex Hürzeler kann

seinen Sitz im Regierungsrat verteidigen. Im Grossen Rat kann die SVP ihre 45 Sitze halten. Dieser Erfolg kommt trotz einer massiven Medienkampagne gegen die SVP zustande. Noch am Wahlsonntag versucht die Ringier-Presse mit einer fragwürdig aufgemachten Umfrage Stimmung gegen die SVP zu machen und den Urnengang im Aargau zu beeinflussen.

Delegiertenversammlung 2012 in Seedorf (UR) vom 27. Oktober 2012 „Wie weiter in der Raumplanung?“

Die Delegierten folgten dem Antrag auf Ablehnung der **Revision des Raumplanungsgesetzes mit 321:33 Stimmen**. Die **NEIN-Parole** zum geänderten **Tierseuchengesetz** wird mit **250:89 Stimmen** bei einigen Enthaltungen beschlossen.

NOVEMBER

Die SVP gelangt am **16. November 2012** erstmals mit einem **„Extrablatt der Schweizerischen Volkspartei“** an sämtliche Haushalte der Schweiz. Das 22-seitige Extrablatt erscheint in drei Sprachen und hat eine Auflage von insgesamt 3.96 Millionen. Damit erhält die Bevölkerung die Möglichkeit ungefiltert zu lesen, wer die SVP ist, wofür sie steht und welches ihre politischen Ziele sind. Die SVP will damit auch einen aktiven Beitrag zur Meinungsvielfalt im Land leisten. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Extrablatts liegen dabei bei der Europa-politik und dem Weg der Schweiz in die Zukunft, den Herausforderungen für unseren Werk- und Finanzplatz sowie den Problemen im Bereich der Zu-wanderung. Ebenfalls wird auf die Bedeutung der Mobilität auf der Strasse hingewiesen und begründet, weshalb Bildung und Familie auch in den kommenden Jahren Kernthemen für die Partei und das Land sind.

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe November 2012

EMWANDERUNG 2/3

Wie kann die Zuwanderung wieder gesteuert werden?

EUROPA 8/7

EU – Wohn? Was sind die Folgen für die Schweiz?

IM FUNK 10/11

Wer ist die SVP? Partei, Personen, Ziele.

SVP – die Partei für die Schweiz

Sicherheit für alle



Reisiberfälle, Einbruchdiebstähle, aufgeknackte Autos – das passiert tagtäglich in Lausanne, in Zürich, in Basel und anderen Orten. Immer dreier und viervertorer schlagen die Täter, oft mit ausländischer Herkunft, teilweise bandenmäßig zu.

Am Sonntag, 21. Oktober, gegen 1 Uhr gingen einige 20-Jährige herum auf einem beliebigen Mann zusammen, das er festlagte. In der Hand hielt er eine Pistole. Die Polizei kam und schickte ihn ins Gefängnis. Er ist ein Flüchtling aus dem Iran, der in der Schweiz ein illegales Geschäft betreibt. Er hat keine Papiere und keine Adresse. Er ist ein Flüchtling aus dem Iran, der in der Schweiz ein illegales Geschäft betreibt. Er hat keine Papiere und keine Adresse. Er ist ein Flüchtling aus dem Iran, der in der Schweiz ein illegales Geschäft betreibt. Er hat keine Papiere und keine Adresse.

Wieso ein SVP-Extrablatt?

Die Schweiz ist ein demokratisches Land mit freier offener Gesellschaft bei der Meinung-, Informations- und Mediennutzung. In unserer Bundesverfassung ist die Meinungsfreiheit als Grundrecht und als ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger festgeschrieben. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger.

Wieso ein SVP-Extrablatt?

Die Schweiz ist ein demokratisches Land mit freier offener Gesellschaft bei der Meinung-, Informations- und Mediennutzung. In unserer Bundesverfassung ist die Meinungsfreiheit als Grundrecht und als ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger festgeschrieben. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist ein zentraler Bestandteil des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger.

Schweiz erhalten



Wir sind stolz auf die Schweiz und dankbar, dass wir hier leben dürfen. Das Schicksal der Schweiz, ihrer Freiheit, ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Traditionen und ihres Charakters ist uns allen ein Anliegen. In keinem anderen Land der Welt findet sich ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl auf so kleinem Raum. Für die SVP ist es ein zentrales Anliegen, die Identität der Schweiz zu erhalten und zu fördern. Wir sind stolz auf die Schweiz und dankbar, dass wir hier leben dürfen. Das Schicksal der Schweiz, ihrer Freiheit, ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Traditionen und ihres Charakters ist uns allen ein Anliegen. In keinem anderen Land der Welt findet sich ein solches Zusammengehörigkeitsgefühl auf so kleinem Raum. Für die SVP ist es ein zentrales Anliegen, die Identität der Schweiz zu erhalten und zu fördern.

Rütimeyer
Nationalrat, Präsident SVP Schweiz

21

Das Wochenende vom 28. Oktober 2012 ist für die SVP erfreulich. Im Kanton Basel-Stadt konnte die SVP ihre Position als stärkste bürgerliche Kraft weiter ausbauen. In der Stadt Schaffhausen ist sie neu gar stärkste Partei im Parlament. Zulegen konnte die SVP auch bei verschiedenen Kommunalwahlen im Kanton Bern.

Dass sich die SVP auch im städtischen Umfeld behaupten kann, zeigte das vergangene Wochenende. Im **Kanton Basel-Stadt** legte die SVP bei den Grossratswahlen auf 15% Wähleranteil zu (2008: 13,9%). Damit vermochte die SVP ihren Wähleranteil seit dem Jahr 2000 kontinuierlich um insgesamt 50% zu steigern. Die SVP hatte in der vergangenen Legislatur insbesondere das für Basel wichtige Thema „Sicherheit“ ins Zentrum ihrer politischen Arbeit gestellt und damit einen glaubwürdigen Leistungsausweis erbracht.

Einen Meilenstein konnte die SVP auch in der **Stadt Schaffhausen** setzen. In der lange Zeit von einer SP-Mehrheit dominierten Munot-Stadt wurde die SVP gestern zur stärksten Kraft im Grossen Stadtrat (Parlament). Der Wähleranteil konnte von 20,3% auf 22,6% gesteigert werden. Noch vor acht Jahren lag die SP in Schaffhausen über 6 Prozentpunkte vor der SVP. Heute ist die SVP um fast ein Prozent stärker und verfügt mit acht Sitzen über ein Mandat mehr im Parlament als die SP.

Erfreulich sind auch die jüngsten kommunalen Wahlergebnisse aus dem Kanton Bern. In der Stadt Langenthal, in der die SVP mit Thomas Rufener auch den Stadtpräsidenten stellt, konnte die Partei im Stadtparlament von 22,4% auf 23,7% zulegen. Auch in weiteren Gemeinden (z.B. Heimberg und Ipsach und Mühleberg) schnitt die SVP erfolgreich ab und holte in einzelnen Exekutiven gar die absolute Mehrheit.

Eidgenössische Abstimmung vom 25. November 2012

Die SVP nimmt das **Ja** der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur **Änderung des Tierseuchengesetzes zur Kenntnis**. Die Befürchtungen der Gegner des neuen Tierseuchengesetzes, insbesondere in Bezug auf den Impfwang und die Einschränkung der Eigenverantwortung von Tierhaltern und Tierärzten ist bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Bestimmungen ernst zu nehmen. Es gilt die Bundeskompetenzen mit Augenmass und Rücksicht auf die Gesundheit von Tier und Mensch sowie den Föderalismus anzuwenden. Die SVP wird sich auch künftig für Freiheit und Eigenverantwortung und damit die Beschränkung des Staates in Bezug auf Eingriffe in die Privatsphäre als wichtiges Gut in unserem Land einsetzen.

Wintersession 2012 (26. November – 14. Dezember)

In der ersten Sessionswoche wurden im Nationalrat Gregor Rutz (SVP/ZH), welcher auf den zurückgetretenen Bruno Zuppiger folgt, sowie Daniel Stolz (FDP/BS), welcher den verstorbenen Peter Malama ersetzt, vereidigt. Maya Graf (G/BL) wurde zur neuen Nationalratspräsidentin gewählt. Der Ständerat wählte Filippo Lombardi (CVP/TI) zum neuen Ständeratspräsidenten und Hannes Germann (SVP/SH) zum Vizepräsidenten. Der Ständerat lehnt es zum wiederholten Male ab, dass das Parlament seine Stellung gegenüber dem Bundesrat stärkt indem ein Vetorecht der Räte gegen Verordnungen eingeführt würde. Ebenfalls abgelehnt hat die kleine Kammer die Einführung eines transparenten elektronischen Abstimmungssystems. Der Nationalrat hat das Bundesbudget 2013 verabschiedet. Er erhöhte das Defizit gegenüber dem Antrag der Kommission um insgesamt rund 76 Mio. auf 497 Mio. CHF. Auf Antrag der SVP stockte er unter anderem das Budget für die Landwirt-

schaft um 60 Mio. CHF auf. Die SVP hatte bei Asyl und Migration Einschnitte von insgesamt 70 Mio. CHF vornehmen wollen, keine andere Fraktion unterstützte jedoch diese Anträge.

In der zweiten Sessionswoche ist der Nationalrat im Sinne der SVP auf die nötige Verfassungsänderung zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit nicht eingetreten. Sowohl Ständerat wie auch Nationalrat bewilligen entgegen dem Willen der SVP die Verlängerung des Armeeeinsatzes zum Schutz der Schweizer Botschaft in Tripolis. Der Ständerat beschloss ohne Gegenstimme eine deutlich umfangreichere und teurere Ausbauvariante der Bahninfrastruktur. Der Bundesrat will im Rahmen der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) bis zum Jahr 2025 Bahnprojekte im Umfang von 3,5 Mrd. CHF realisieren, der Ständerat hat diese nun auf 6,4 Mrd. CHF erhöht. Finanzieren will er dies mit zusätzlichen 0,1% Mehrwertsteuer ab 2018 bis längstens 2030. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und empfiehlt die Volksinitiative der SVP für eine Volkswahl des Bundesrates ebenfalls zur Ablehnung. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen bei der Vorlage zur Öffnung der Tankstellenshops ausgeräumt. Die Gewerkschaften haben bereits angekündigt, das Referendum zu ergreifen. Der Nationalrat hat einen Rahmenkredit zur Aufstockung der Mittel für den Internationalen Währungsfonds (IWF) entgegen dem Willen der SVP gutgeheissen, bewilligte aber statt der beantragten 15 Mrd. CHF nur 10 Mrd. CHF.

In der dritten Sessionswoche hat der Ständerat bei der Beratung der Swissness-Vorlage im Gegensatz zum Nationalrat die Anforderungen für industrielle Produkte gesenkt. In der Differenzbereinigung der Asylgesetzrevision hat der Nationalrat bei der Frage der Nothilfe entgegen dem Willen der SVP nachgegeben: Während dem Verfahren sollen Asylsuchende weiterhin Sozialhilfe erhalten, abgewiesene Asylsuchende oder Personen, die Auskünfte verweigern, werden aber von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Die Verschärfungen für vorläufig Aufgenommene wurden ebenfalls abgelehnt. Als Zweitrat hat der Nationalrat den zweiten Teil der 6. IV-Revision angenommen. Es bleibt kaum mehr ein Spareffekt übrig. Die Kürzung der Kinderrenten und der Reisekostenbeiträge klammerte der Nationalrat trotz vehementer Kritik der SVP aus der Vorlage aus. Der Nationalrat hat die GSoA-Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht zur Ablehnung empfohlen. Bei der Agrarreform stimmt auch der Ständerat entgegen dem Willen der SVP der Abschaffung Tierbeiträge zu. Allgemein sollen für Leistungen zugunsten der Ökologie und des Tierwohls mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Räte sind sich entgegen dem Willen der SVP einig, dass auf dem Bau die Solidarhaftung für ganze Auftragsketten als Mittel gegen Lohndumping eingeführt werden soll. Der Nationalrat will das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare auf Stiefkinder ausweiten und hat entgegen dem Willen der SVP eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Der Ständerat hat als Zweitrat eine Motion für ein Verbot von Wegwerf-Plastiksäcken angenommen. Der Nationalrat fordert erneut ein Vermummungsverbot auf nationaler Ebene und unterstützt eine Motion von Hans Fehr (SVP/ZH). Der Ständerat bleibt bei seiner Forderung, die Autobahnvignette auf 100 CHF zu erhöhen, der Nationalrat forderte eine Erhöhung auf 70 CHF. Franziska Teuscher (Grüne), Ursula Wyss (SP) sowie Peter Spuhler (SVP) haben ihre letzte Session beendet und wurden verabschiedet. Spuhler verlässt den Nationalrat aus beruflichen Gründen. Für ihn rückt Verena Herzog in der Frühjahrsession 2013 nach.

Die **Vereinigte Bundesversammlung hat Bundesrat Ueli Maurer** mit 148 von 202 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten 2013 gewählt. Bundesrat Didier Burkhalter wurde zum Vizepräsidenten gewählt.

DEZEMBER

Am 5. Dezember 2012 wird Bundesrat Ueli Maurer komfortabel zum Bundesratspräsidenten gewählt

Die SVP gratuliert Bundesrat Ueli Maurer zur Wahl als Bundespräsident für das Jahr 2013. **Er erreicht 148 von 237 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 102.** Mit Ueli Maurer präsidiert erstmals seit 2005 wieder ein SVP-Vertreter den Bundesrat. Die SVP dankt Ueli Maurer für sein Engagement zugunsten unseres Landes und der Bevölkerung. Mit Ueli Maurer können auch jene Wählerinnen und Wähler wieder einmal den Bundespräsidenten stellen, welche sich für die Unabhängigkeit, die Neutralität und die direkte Demokratie der Schweiz einsetzen. Bundespräsident Ueli Maurer vertritt dabei auch die Nichtakademiker und folgt damit auf Willy Ritschard, René Felber und Adolf Ogi. Die SVP wünscht Ueli Maurer für sein Präsidialjahr viel Kraft und viele gute Begegnungen mit der Bevölkerung in der gesamten Schweiz.



Die SVP reicht am 28. Dezember 2012 die „Durchsetzungsinitiative“ ein. Nach einer Sammelzeit von nur fünf Monaten reicht die SVP die Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative) mit 154'982 Unterschriften ein. Die Durchsetzungsinitiative verlangt dank einer im Detail ausformulierten Verfassungsbestimmung die direkt anwendbare, verfassungskonforme Durchsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsinitiative. Die zuständige Bundesrätin Sommaruga verschleppt die Umsetzung des Verfassungsauftrags nun bereits seit über zwei Jahren! Mit der Durchsetzungsinitiative hat das Volk die Zügel wieder in der Hand und kann den untätigen Bundesrat zwingen, den Volkswillen zu respektieren. Es braucht nun endlich griffige Massnahmen gegen kriminelle Ausländer.



2. SVP-Frauen Schweiz

Jahresbericht 2012 der SVP Frauen Schweiz

Mai 2012, Gremienwahlen der SVP Schweiz.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 5. Mai 2012 in Klingnau werden die Gremien der SVP Schweiz neu gewählt. Neben der Parteileitung, wird auch die Präsidentin der SVP Frauen durch die Delegiertenversammlung gewählt. Unter tosendem Applaus verdanken die Anwesenden die grosse Arbeit und den enormen Einsatz von Rita Gygax in den vergangenen Jahren. Neu zur Präsidentin gewählt wird Judith Uebersax aus dem Kanton Schwyz.

Die Delegierten der SVP Frauen diskutieren an drei Plenarversammlungen über die aktuellen, politischen Geschehnisse.

Im April:

Im Fraktionszimmer der Bundeshausfraktion in Bern. Bundesrat Ueli Maurer beehrt die anwesenden SVP Frauen mit einem Referat zum Thema „Ein Legislaturausblick – die Herausforderung der Schweiz“. Unter anderem zeigt er den schleichenden aber kontinuierlichen EU-Beitritt der Schweiz auf. Schengenabkommen, Verkehrsabkommen, Zuwanderung/Personenfreizügigkeit, Steuern (Währungsfonds) und Überfremdung sind nur einige der aufgegriffenen Themen.

Im August:

In Basel, die Delegierten SVP Frauen tagen zusammen mit den leitenden Gremien der SVP Schweiz und setzen sich mit den Parolen zu den Vorlagen „Schutz vor Passivrauchen“, „Sicheres Wohnen im Alter“ und „Jugendmusikförderung auseinander.

Im Oktober:

Im HB Zürich. Die SVP Frauen nehmen die Gelegenheit wahr und lassen sich von Gregor Rutz ausführlich über die „Chancen und Gefahren der Social-Medias (Twitter und Co.) informieren.

Der Vorstand der SVP Frauen trifft sich zu vier Arbeitssitzungen, welche neu anlässlich der Delegiertenversammlung stattfinden. Damit lassen sich die Reisezeiten minimieren und auch berufstätige Vorstands-Frauen können sich vermehrt einbringen. Zusätzlich findet eine Spezial-Sitzung in Lausanne statt, an welcher ausführlich über den Aufbau und die Aktivitäten der SVP Frauen in der Westschweiz diskutiert wird.

Die SVP Frauen bedanken sich ausdrücklich für die äusserst angenehme Zusammenarbeit mit der Parteileitung, die grosse Unterstützung durch unseren Parteipräsidenten Toni Brunner, sowie der Kantonalen SVP-Vorstände. Ohne die aktive Unterstützung und Vernetzung der SVP Frauen mit den gewählten Parlamentarier/innen wäre eine erfolgreiche Tätigkeit der SVP Frauen nicht möglich. Ganz nach dem Motto von Henry Ford: **„Zusammenkommen ist ein Beginn, zusammenbleiben ist ein Fortschritt, zusammenarbeiten ist ein Erfolg“**.

3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 22 Fraktionsvorstösse, 26 Parlamentarische Initiativen, 85 Motionen, 22 Postulate, 170 Interpellationen und 24 Einfache Anfragen eingereicht worden. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2012 hat die SVP an **61 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen
- Revisionen der Banken- und Eigenmittelverordnung (too big to fail)
- Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und des Militärstrafgesetzes (MStG) / Verlängerung der Verfolgungsverjährung
- Entwurf des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen
- Entwurf des Berichts des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+
- Pa. Iv. Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone
- Totalrevision der Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen
- Bundesgesetz über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge
- Pa. Iv. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons
- Pa. Iv. Haftung der Unternehmen für die Kosten der Altlastensanierung
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationskapitel und Spezialgesetze)
- Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)
- Pa. Iv. Raumplanerische Rahmenbedingungen für die Lagerung einheimischer erneuerbarer Rohstoffe
- Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten
- Änderung der Verordnung vom 22. Oktober 2008 über die Einreise und die Visumerteilung (VEV)
- Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Weiterbildung
- Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz (Verordnung zum Postgesetz)
- Änderung des Geldwäschereigesetzes (Meldestelle für Geldwäscherei; Zu-

sammenarbeit mit ausländischen Behörden)

- Bericht des Bundesrates zur Zukunft der 2. Säule
- Pa. Iv. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen
- Totalrevision der Stauanlagenverordnung (StAV)
- Verordnungsentwurf über den nationalen Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung
- Teilrevision der Raumplanungsverordnung (RPV)
- Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) infolge Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) „Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen“.
- Verordnung über den Bau von Zweitwohnungen
- Kt. Iv. BE. Gewässerschutzgesetz. Teilrevision
- Revision des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 2003 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur
- Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung)
- Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2), der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)
- Totalrevision der Tierzuchtverordnung
- Revision des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftssteuern zwischen der Schweiz und Frankreich
- Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen
- Änderung des Gewässerschutzgesetzes (Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser)
- Verordnungsänderung BBV Art. 65: Erhöhung der Beiträge für die Durchführung der eidgenössischen Prüfungen
- Inkrafttreten des Rechnungslegungsrechts und Erlass der neuen Verordnung über die anerkannten Standards zur Rechnungslegung (VASR)
- Anhörung zur Änderung der Verordnung des EFD über die Quellensteuer bei der direkten Bundessteuer (Quellensteuerverordnung; QStV; SR 642.118.2)

- Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes
- Schweizerisches Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz. Umsetzung von Art. 121 Abs. 3-6 BV über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer.
- Verordnung über die Liquidität der Banken (Liquiditätsverordnung, LiqV)
- Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (ZSAV)
- Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten
- Fanzüge; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG)
- Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und weiterer Erlasse
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) betreffend die Finanzierung von Administrativhaftplätzen, die Sanktionen gegen Transportunternehmen („Carrier Sanctions“) und das Passagier-Informationssystem (API-System)
- Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes
- Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland
- Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022
- Anpassung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) zwecks Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) (Befristete Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung)
- Änderung des Zivilgesetzbuchs (Kinderunterhalt), der Zivilprozessordnung (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes (Art. 7)
- Pa. Iv. „Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher (UREK-NR)“
- Bundesgesetz über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAPG 2014)
- Neuer Artikel 73a der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV 1): Verzicht auf die Arbeitszeiterfassung
- Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG; ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

- Änderung des Bundesgesetzes über das Bundesgericht – Erweiterung der Kognition bei Beschwerden in Strafsachen
- Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse
- Totalrevision des Bauproduktgesetzes (BauPG) und der Bauprodukteverordnung (BauPV)
- Pa. Iv. Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf
- Pa. Iv. Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches. Beurkundung des Personenstands und Grundbuch

5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2012 hat die SVP folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- Lehrer-Lehre (Januar)
- Landesverteidigung stärken statt Auslandhilfe aufblähen (Februar)
- Das Bankkundengeheimnis ist zu wahren (Februar)
- Für mehr Eigenverantwortung und weniger Fehlanreize im Gesundheitswesen (Juli)
- Raumplanung aus Sicht der SVP (August)
- Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung (August)

6. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2012 haben SVP, SVP-Frauen, SVP-Senioren und die SVP International insgesamt 121 **Pressecommuniqués** (Vorjahr 121) veröffentlicht. Es ist ein mehr oder weniger wöchentliches Editorial zu einem aktuellen Thema in Form eines elektronischen Newsletters publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2012 gegen 65'000 Exemplare in Deutsch und 5 '000 in Französisch tendiert.

Im Jahr 2012 hat die SVP 6 **Medienkonferenzen** durchgeführt:

20. Februar 2012	Sofortige Korrekturen im Asylwesen unausweichlich: Asylindustrie stoppen; Anträge zur Asylgesetzrevision
17. April 2012	Ausschaffungsinitiative: Volkswillen endlich durchsetzen
15. Juni 2012	SVP kämpft gegen Abschaffung der parlamentarischen Immunität
11. Juli 2012	Für mehr Eigenverantwortung und weniger Fehlanreize im Gesundheitswesen
20. August 2012	Für eine Raumplanung mit Augenmass
27. August 2012	Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung

7. Internet

2012 produziert die SVP 9 **Internet-TV-Beiträge** in deutscher Sprache, 9 in französischer Sprache und 2 in italienischer Sprache. Sie verzeichnen insgesamt **14'038 (d), 2'837 (f)**.

Die SVP betreibt die Facebook-Gruppe Schweizerische Volkspartei SVP / Union Démocratique du Centre UDC und kommuniziert regelmässig über Aktualitäten. Bis zum 31.12.2012 treten unserer Gruppe **2'229 Mitglieder** (172 Mitglieder weniger als im Vorjahr) bei.

Nach technischer Weiterentwicklung hat die SVP Schweiz im Jahr 2012 eine Facebook-Page (www.facebook.com/svp.udc) kreiert. Diese Page unterscheidet sich charakteristisch zur Facebook-Gruppe. Sie erlaubt, fortlaufend Texte, Bilder, Video und Links zu veröffentlichen und ermöglicht diverse Möglichkeiten für Statistiken. Vom 1. 11. bis zum 31.12.2012 haben **1'149 Personen** « Gefällt mir » geklickt.

Bis zum 31.12.2012 werden **210'283 Besuche auf svp.ch** (630'865 im Vorjahr) registriert (das sind durchschnittlich 576 Besuche pro Tag (1'728 im Vorjahr)). Die Frontseite ist die meistbesuchte Seite (307'062 Seitenaufrufe) gefolgt von der Seite Parolen, Kantonsparteien und Kampagnen. In den Top Ten finden sich auch der Shop und die Seite über die Volksinitiativen (je zwischen 16'000 und 9'000 Seitenaufrufe).

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **761** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2012 finden 4 Delegiertenversammlungen und ein Sonderparteitag statt:

Delegiertenversammlung in Berg (TG) vom 28. Januar
Die Verantwortung der SVP für Land und Leute

Delegiertenversammlung in Klingnau (AG) vom 5. Mai
Volksrechte stärken

Delegiertenversammlung in Basel (BS) vom 25. August
Freiheit und Verantwortung

Delegiertenversammlung in Seedorf (UR) vom 27. Oktober
Wie weiter in der Raumplanung?

Öffentlicher Bildungs-Sonderparteitag vom 24. März in Ebnet-Kappel (SG)

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 110 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2012)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Bundesrat	BR Ueli Maurer (ZH)
Generalsekretär ab 1.7.09	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Judith Uebersax (SZ)
Präsident SVP Senioren	NR Hans Killer (AG)
Präsidentin SVP International	Inge Schütz
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Burgherr
	AI Ruedi Eberle
	AR Edgar Bischof
	BE Werner Salzmann
	BL Oskar Kämpfer
	BS NR Sebastian Frehner
	FR Roland Mesot
	GE NR Céline Amaudruz
	GL Marc Ziltener
	GR NR Heinz Brand
	JU Romain Schaer
	LU Franz Grüter
	NE NR Yvan Perrin
	NW Christoph Keller
	OW Albert Sigrist

	SG	Herbert Huser
	SH	Werner Bolli
	SO	NR Walter Wobmann
	SZ	Xaver Schuler
	TG	Walter Marty
	TI	Gabriele Pinoja
	UR	vakant
	VD	Claude-Alain Voiblet
	VS	NR Oskar Freysinger (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Manuel Brandenburg
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Erich J. Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	Roger Fricker NR Luzi Stamm Pascal Furer Andreas Glarner
AI	Martin Ebnetter
AR	Werner Rechsteiner
BE	NR Nadja Pieren Jolanda Brunner Aliko M. Panayides Michael Waber NR Albert Rösti
BL	NR Thomas de Courten Dominik Straumann
BS	Andreas Ungricht
FR	Gilberte Demont Jean-Luc Rimaz
GE	François Velen a. NR Jacques Pagan
GL	Marc Ziltener
GR	Mario Cortesi Jan Koch
JU	Didier Spies
LU	Marcel Omlin Tanja Bieri Räto Camenisch

NE	Raymond Clottu
NW	Peter Wyss
OW	Susann Schmid
SG	Roland Büchel Dominique Roland Lambert August Wehrli
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Beat Ehram Heinz Müller
SZ	Roland Lutz NR Pirmin Schwander
TG	Marcel Schenker NR Hansjörg Walter
TI	Eros Mellini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Fabienne Despot Philipp Stauber
VS	Fredy Ursprung (OVS) Bruno Perroud (UVS) Jean-Luc Addor (UVS)
ZG	Vreni Althaus Heinz Tännler
ZH	Gregor A. Rutz a. NR Ernst Schibli Reinhard Wegelin Theres Weber Martin Haab Anita Borer Irene Roost
JSVP	Anian Liebrand (LU) Xavier Schwitzguebel (GE)
SVP International	Roman Rauper (Liechtenstein)

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

AG	NR Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
BS	Alexander Gröflin
GR	Reto Rauch
NE	Florian Robert-Nicoud
NW	Michèle Blöchliger
OW	a. NR Christoph von Rotz
TG	RR Jakob Stark

VD	Gérald Nicod
VS	Raphael Filliez
ZG	NR Thomas Aeschi
ZH	NR Christoph Mörgeli Roger Liebi a. NR Ueli Schlüer NR Hans Egloff

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2012)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Bundesrat	BR Ueli Maurer (ZH)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	Thomas Burgherr (AG)
	Werner Salzmännli (BE)
	Franz Grüter (LU)
	Herbert Huser (SG)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
	NR Alfred Heer (ZH)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Judith Uebersax (SZ)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Hans Killer (AG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich J. Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Gilberte Demont (FR)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) Mariano Fioretti (SH) Inge Schütz (Präsidentin SVP Int.) NR Céline Amaudruz (GE)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2012)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)
Vizepräsidentin	Judith Uebersax (SZ)
Vizepräsident	Nationalrat Luzi Stamm (LU)
Vizepräsident	Nationalrat Oskar Freysinger (VSO)
Vizepräsident	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2012)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser, Bremgarten (BE)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretärin	Miriam Gurtner, Konolfingen (BE)
Kommunikation	Kevin Grangier, Courtaman (FR) Kaspar Voellmy, Bern (BE) Daniel Eichenberger, Baar (ZG) Thomas Widmer, Biel (BE) Urs Winkler, Grindelwald (BE)
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Fraktionsassistentin	Ariane Imobersteg, Spiez (BE)
Sekretariat	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola, Rosshäusern (BE)
Praktikant Kommunikation	Gian-Rico Vivalda, Davos (GR)

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat

- **Ueli Maurer**, Vorsteher VBS, Hinwil (ZH);
gewählt am 14.12.2011; im Amt seit 1.1.2009
Am 5. Dezember zum Bundespräsident für das Jahr 2013 gewählt.

Mit 56 Nationalräten (54 SVP, 2 Lega) und 6 Ständeräten (5 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2012)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Killer Hans, Untersiggenthal Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Joder Rudolf, Belp Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden De Courten Thomas, Rünenberg
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Puplinge Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters
LU	Estermann Yvette, Kriens Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnat-Kappel Büchel Roland, Oberriet Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil

SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Spuhler Peter, Weiningen (Rücktritt auf 31.12.2012) Walter Hansjörg, Wängi
TI	Rusconi Pierre, Sorengo
VD	Bugnon André, Saint-Prex Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Binder Max, Illnau Blocher Christoph, Herrliberg Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Egloff Hans, Aesch Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Ettiswil Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Winterthur

Lega dei Ticinesi

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

Ständeräte (Stand: 31.12.2012)

GL	Jenny This, Glarus
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon Föhn Peter, Muotathal
TG	Eberle Roland, Weinfelden

Parteilos

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall
----	---------------------------------------

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2012

Volksabstimmung vom 11. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen! “	NEIN	NEIN	NEIN	JA	50.6%	49.4%	12 3/2	8 3/2	angenommen
Volksinitiative „Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen “	JA	JA	JA	NEIN	44.2%	55.8%	4 1/2	16 5/2	abgelehnt
Volksinitiative „ 6 Wochen Ferien für alle“	NEIN	NEIN	NEIN	JA	33.5%	66.5%	0	20 6/2	abgelehnt
Bundesbeschluss über die „ Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke“	JA	JA	JA	JA	87.1%	12.9%	20 6/2	0	angenommen
Bundesbeschluss über die „ Buchpreisbindung “	NEIN	NEIN	JA	JA	43.9%	56.1%	-	-	abgelehnt

Volksabstimmung vom 17. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „ Staatsverträge vors Volk! “	JA	NEIN	NEIN	NEIN	24.7%	75.3%	0	20 6/2	abgelehnt
Volksinitiative „ Eigene vier Wände dank Bausparen “	JA	JA	NEIN	NEIN	31.1%	68.9%	0	20 6/2	abgelehnt
Bundesbeschluss „ Managed Care “	NEIN	JA	JA	NEIN	24.0%	76.0%	-	-	abgelehnt

Volksabstimmung vom 23. September	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „ Sicheres Wohnen im Alter “	JA	NEIN	NEIN	NEIN	47.4%	52.6%	9 1/2	11 5/2	abgelehnt
Volksinitiative „ Schutz vor Passivrauchen “	NEIN	NEIN	NEIN	JA	34.0%	66.0%	1	19 6/2	abgelehnt
Bundesbeschluss „ Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung “ Gegenentwurf Volksinitiative Jugend+Musik	NEIN	NEIN	JA	JA	72.7%	27.3%	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 25. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Änderung des Tierseuchengesetzes (TSG)	NEIN	JA	JA	JA	68.3%	31.7%	-	-	angenommen

IV. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2012

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2012	32 %	45	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2011	*	10	65
BE	2010	26.6 %	44	160
BL	2011	24.0 %	24	90
BS	2012	15 %	15	100
FR	2011	18.6 %	21	110
GE	2009	8.6 %	9	100
GL	2010	26.3 %	17	60
GR	2010	*	4	120
JU	2010	6.4 %	4	60
LU	2011	22.3%	27	120
NE	2009	12.7 %	14	115
NW	2010	26.6 %	19	60
OW	2010	21.1 %	11	55
SH	2012	33.6%	20	60
SO	2009	19.4 %	18	100
SG	2012	25.6 %	35	120
SZ	2012	34%	35	100
TG	2012	30.5%	41	130
TI	2011	-	5	90
UR	2012	24.6%	14	64
VD	2007 (alle 5 Jahre)	17.1 %	27	150
VS	2009	11.5 %	12	130
ZG	2010	22.7 %	19	80
ZH	2011	29.6 %	54	180

* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svpag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-baseland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svplu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.schwyzer-svp.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svp-uri.ch	sekretariat@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	bureau@udcval.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch